

Dieses Jahrgang erscheint jede Woche Sonnabende. Preis vierteljährlich durch die Post bezogen 1,20 M. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482.

# Der Proletarier

Einzelnenpreis: 60 Pf. für die Doppel-Heftzelle. Geschäftsanzeigen werden nicht aufgenommen.

## Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Postfachkonto: Nr. 358 15 Postfachamt Hannover.

Verlag von A. Brey. Druck von C. A. S. Meißner & Co., beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: Sebastian Prall, Hannover. Redaktionschluss: Freitag morgen 8 Uhr.

Redaktion und Expedition: Hannover, Nikolaitstr. 7, 2. Et. — Fernsprech-Anschluss Nord 3092.

### Unser neues Werbeplakat.

Das Bild hat in der Werbung für eine bestimmte Idee schon von jeher eine hervorragende Rolle gespielt. Es wirkt ohne Worte, es verstärkt den Eindruck des Wortes und löst, wenn richtig und zur rechten Zeit angewendet, einen sehr nachhaltigen Eindruck aus. Weil wir das wissen, deshalb ist es eine Selbstverständlichkeit, daß wir die agitatorische Wirkung des Bildes für unsere Werbetätigkeit nutzbar machen. Von diesem Gesichtspunkte hat sich der Hauptvorstand unseres Verbandes leiten lassen, als er sich entschloß, das neue Werbeplakat in einer größeren Auflage herstellen zu lassen und es den Jahrestellen unseres Verbandes zur Verfügung zu stellen. Selbstverständlich müssen die Jahrestellenleitungen am besten wissen, wo und wann mit der Agitation eingeseht werden soll. Das nachfolgende Bild zeigt unser Plakat im verkleinerten Maßstab. Es stellt den tatkundigen, unermüdbaren, seine Aufgabe ernst nehmenden Funktionär als Agitator dar in dem Augenblick, da er an die Unorganisierten — sich an jedem einzelnen wendend — die vorwurfsvollen Worte richtet:



**bist noch nicht organisiert, trotzdem du die Erfolge des Verbandes der Fabrikarbeiter genießt.**

In diesen wenigen Worten liegt eine kollegiale Anklage, der Vorwurf mangelnder Solidarität. Wenn das Werbeplakat an Orten und Plätzen angebracht wird, wo Unorganisierte verkehren, wird es schon ganz allein agitatorisch wirken. Es wird bei manchem unserer Organisation noch Fernstehendem das kollegiale Gewissen wachrufen. Das Bild muß zum Mahner werden, dem sich auf die Dauer kein ehrlieber Arbeitskollege bzw. keine Kollegin entziehen kann.

Wir gehen in das Frühjahr hinein mit den größten Hoffnungen auf eine Besserung der wirtschaftlichen Lage. Dann kann die Agitation mit noch mehr Aussicht auf Erfolg angenommen werden als heute schon. Die Jahrestellenleitungen müssen deshalb unverzüglich die Vorbereitungen für ihre Frühjahr-agitation treffen, dort, wo sie jetzt noch nicht möglich ist. Bestellt Plakate und klebt sie an oder hängt sie aus an Fabriken, in Betriebsräte-bureaus, in Gewerkschaftshäusern, in Arbeitsämtern, in Krankenkassenzimmern, in Konsumvereinen, in Arbeiterverkehrslokalen, in Arbeitervereinslokalen, auf Sportplätzen, an Lifschächeln usw. Auf, an die Arbeit!

### Die „Volkshochschule“ der Unternehmer.

III.

Heute wollen wir uns einmal ansehen, was der Unternehmer-syndikus Dr. Engel seinen proletarischen Schülern über Sozialismus zu sagen weiß. Er erzählt seelenruhig, „der Sozialismus erstrebt die Aufhebung des Privateigentums an Produktionsmitteln“. Er vergißt zu sagen, daß es sich um das Eigentum an kapitalistischen Produktionsmitteln handelt. Die Unverletzlichkeit des Eigentums, das aus eigener, nicht aus fremder Arbeit erworben ist, haben die Vertreter des Sozialismus bzw. die Sozialdemokraten stets betont.

Interessant ist wieder das beabsichtigte Zugeständnis Dr. Engels:

Es ist begreiflich, daß mögliche wirtschaftliche oder gesellschaftliche Zustände nachdenkliche Menschen zu der Frage führen, ob nicht durch eine Änderung ihrer Grundlagen (Privateigentum und Familie) eine Besserung erzielt werden könne.

Das ist nicht nur begreiflich, sondern selbstverständlich, wenn auch nicht für alle Leute. Daß die nachdenklichen Menschen auf sozialistische Ideen kommen, ist ein Beweis, daß manche Menschen nicht „nachdenklich“ sind, und das ist für sie kein gutes Zeugnis.

Einverstanden sind wir mit Dr. Engel wenn er sagt, in Frankreich hätten die „verroteten“ Zustände (Großgrundbesitzer, königlicher Hof, Adel und hohe Geistlichkeit) haben das arbeitende Volk ausgezogen. Die Red. zu Revolutionen geführt. Wir stimmen ihm auch zu, wenn er sagt, es sei dem dritten Stand (den sogenannten Bürgerlichen. Die Red.), der sich erhoben hatte, nicht gefallen, die Gleichheit zu Ende zu denken, obwohl die Erhebung unter dem Zeichen Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit vor sich gegangen sei. Ist da Dr. Engel nicht aus der Rolle gefallen?

Wie schon so viele andere, vernichtet dann Dr. Engel den Marxismus. Er fragt: „Hat die wirtschaftliche Entwicklung die Marxsche Behauptung bestätigt?“ und antwortet gleich von vornherein mit einem kurzen Nein. Weil seit der Berufs- und Betriebszählung im Jahre 1882 auch die Klein- und Mittelbetriebe etwas zugenommen haben, glaubt Dr. Engel vor seinen Schülern behaupten zu dürfen: „Mit diesem Ergebnis ist die Marxsche Lehre der Verdrängung der Klein- und Mittelbetriebe nicht vereinbar.“

Gemach, Herr Dr. Engel! Wir wollen einmal die Zahlen, die amlich sind, und die auch Sie benutzt haben, so betrachten, wie es sich gehört. In Gärtnerei, Tierzucht, Fischerei, Industrie einschließlich Bergbau und Baugewerbe, Handel, Verkehr einschließlich Gast- und Schankwirtschaften, Musik, Theater- und Schaustellungsgewerbe waren vorhanden:

Betriebe	Betriebe			Zu- oder Abnahme seit 1882	
	1882	1895	1907	absolut	Prozent
Alleinbetriebe ...	1 877 872	1 714 351	1 635 518	-414 354	22,06
mit 2 bis 5 Beschäftigten ...	1 004 898	1 220 372	1 682 616	+677 720	67,47
mit 6 bis 50 Beschäftigten ...	112 715	191 289	270 042	+157 327	139,58
mit über 50 Beschäftigten ...	9 974	18 955	32 122	+ 22 148	222,06

Wenn wir uns jetzt die Zu- oder Abnahme in Prozent ansehen, wird das Resultat ein anderes, als es Dr. Engel gab. Die Schlussfolgerungen müssen direkt entgegengesetzt ausfallen bei richtiger Würdigung des Zahlenmaterials. Doch bevor wir die Fehler Dr. Engels besprechen, sei noch die Tabelle der in den obigen Betrieben Beschäftigten wiedergegeben:

Betriebe	Beschäftigte			Zu- oder Abnahme seit 1882	
	1882	1895	1907	absolut	Prozent
Alleinbetriebe ...	1 877 872	1 714 351	1 463 518	-414 354	22,06
mit 2 bis 5 Beschäftigten ...	2 457 950	3 056 318	3 919 715	+1 461 765	59,47
mit 6 bis 50 Beschäftigten ...	1 391 720	2 454 257	3 689 147	+2 297 454	165,08
mit über 50 Beschäftigten ...	1 613 247	3 044 343	5 353 659	+3 750 612	232,49

Deutschland hatte im Jahre 1880 eine Einwohnerzahl von rund 45 236 000, dagegen im Jahre 1910 eine solche von 64 926 000. Das ist eine Zunahme von 19 690 000, gleich 43,53 Prozent. Und trotz dieser Bevölkerungszunahme ist die Zahl der Alleinbetriebe um 22,06 Prozent zurückgegangen. Am stärksten vermehrt hat sich die Zahl der Betriebe mit mehr als 50 Beschäftigten, nämlich um 222,06 Prozent. Dann folgen die Betriebe mit 6-50 Beschäftigten, deren Zahl sich auch noch um 139,58 Prozent vermehrte, während die ausgesprochenen Kleinbetriebe mit 2-5 Beschäftigten nur eine Zunahme von 67,44 Prozent aufweisen, und, wie bereits bemerkt, von den Alleinbetrieben 22,06 Prozent verschwunden sind. Das heißt doch, den Kleinen geht der Atem aus, sie können nicht mit. Das ist die Entwicklungstendenz, wie Marx sie aufzeigt. Das weiß Dr. Engel natürlich auch, aber er sagt es seinen Schülern nicht. Was für die Zahl der Betriebe gesagt ist, gilt auch in bezug auf die Zahl der Beschäftigten. Die Prozentverhältnisse in der letzten Rubrik der beiden Tabellen passen sich an.

Aber noch eine Frage, Herr Dr. Engel! Wenn Sie bestreiten, daß die Kleinbetriebe verschwinden, wo sind dann heute die Hausweber, die Uhrmacher, die Schuhmacher usw.? Sie alle sind größtenteils nur noch auf Reparaturarbeiten angewiesen. Der Hauptbedarf an Stoffen, Schuhen, Uhren wird in der Industrie, in den Fabriken hergestellt. An Stelle der vielen Fabriken könnte doch bei der Zunahme der Bevölkerung und bei dem gesteigerten Bedarf derselben eine große Zahl Kleinunternehmer existieren, vielleicht auf dem be-

rühmten goldenen Boden des Handwerks, während sie heute als Proletarier in der Fabrik stehen. Selbst die Schuhreparaturen werden mehr und mehr in kapitalistisch betriebenen sog. mechanischen Reparaturwerkstätten hergestellt.

Was soll denn die Bemerkung des Herrn Dr. Engel, daß im Jahre 1907 die Mehrzahl der Beschäftigten in Klein- und Mittelbetrieben tätig war? Sind etwa die Mittelbetriebe Handwerksbetriebe? Nein, die Mittelbetriebe sind vorwiegend kapitalistische Unternehmungen. Hieran mögen die Schüler des Herrn Dr. Engel ermeslen, wie und mit welchen schlechten Waffen Marktstörung bekämpft wird.

Marx und die von ihm aufgezeigten, heute offensichtlich vor uns liegenden Entwicklungstendenzen mit der Bemerkung abtun zu wollen, daß auch Leute mit kleinem und mittlerem Vermögen sich an Aktiengesellschaftlichen beteiligen können, ist ein Witz, der nicht in eine „Deutsche Volkshochschule“ gehört. Mit solchen Witzchen kann man doch nicht seine Überlegenheit über Karl Marx beweisen. Auch die Bemerkung, daß die Zahl der Besitzenden gewachsen ist, beweist doch gar nichts gegen die Lehren Marx'. Ist etwa die Zahl der Besitzlosen nicht gewachsen? Weren Zunahme ist die Voraussetzung für eine Zunahme der Spekulanten, Wucherer und Unternehmer. Zudem, diese Behauptung Dr. Engels hat Marx nirgends bestritten. Die Tatsache und die Kernfrage der Marxschen ökonomischen Gesetze kann ein objektiv denkender Mensch nicht bestritten werden: Werden die Produktionsmittel nicht mehr und mehr kapitalisiert? Geht die Umbildung der Handwerkzeuge zur Maschine nicht weiter vor sich? Wollt ihr nicht gerade jetzt ein weit ausgreifender Konzentrationsprozeß auf allen Gebieten kapitalistischer Produktion? (Trust.) Hat diese Verfraktion nicht zugleich als ganz selbstverständlich die finanzielle Konzentration zur Folge? Werden nicht fortgesetzt weitere Gesellschaftsschichten in absolute wirtschaftliche Abhängigkeit? Sieht Dr. Engel das alles nicht?

### Dr. Engel!

Der Syndikus des Arbeitgeberverbandes für den Großhandel, Herr Dr. Engel, Berlin W. 8, Mohlr. 2, ersucht uns, mitzuteilen, daß er an der „Deutschen Volkshochschule“ keine Vorträge gehalten hat und auch nicht hält, daß er erst aus dem „Proletarier“ erfahren habe, daß es eine solche Volkshochschule gibt.

Wir kommen diesem Ersuchen nach und versprechen außerdem auf die Sache nochmals zurückzukommen, wenn wir erteilte Feststellungen eingeholt haben.

### Aus der Industrie

#### Papier-Industrie

##### Der ungehörnte König von Leisnach.

Ungefähr 1 1/2 Bahnstunden von Deggendorf entfernt befindet sich in der holzreichen Gegend des bayerischen Waldes die Leisnacher Papierfabrik A.-G. Der Betrieb hatte schon vor dem Kriege in den Kreisen der Papierarbeiterschaft eine traurige Bekanntheit erlangt infolge der niedrigen Löhne und der geistigen Ekkaverei, in der die Arbeiterschaft dieses Betriebes durch Direktion, Gemeindebehörde und Geistlichkeit gehalten wurde.

Die Revolution brachte auch für diesen Betrieb das Organisations- und Mitbestimmungsrecht der Arbeiterschaft. Im Verlaufe der Arbeiterräte, der geheimen, heimlichen und unheimlichen Kommerzrentäre, konnte es nicht ausbleiben, daß die politische Reaktion auch recht bald auf wirtschaftlichem Gebiete ihre Stimme erhob. Den besten Beweis dafür liefert die Leisnacher Papierfabrik, wo seit Jahren als ungehörnter König Direktor Mohrhagen herrscht. Das unerkennbare Bestreben dieses Herrn ging seit Jahren dahin, nicht nur die Arbeiterschaft seines Betriebes wirtschaftlich zu knechten, sondern auch die gesamte Bevölkerung Leisnachs politisch zu unterjochen. Der „Proletarier der Gemeinde“, wie ihn seine politischen Freunde gerne bezeichnen, war 6 Jahre lang Gemeindevorstand in Leisnach und verstand es ausgezeichnet, für seinen Betrieb eine Monopolstellung in der Elektrizitäts- und Wasserversorgung der Gemeinde Leisnach zu schaffen. Seine Jungen behaupten, daß er sich für diese Tätigkeit den Titel Kommerzienrat erworben hat. Um die Arbeiterschaft mit der Organisation in Konflikt zu bringen, wurden Prämien eingeführt, die bis zu 50 Prozent des Monatslohnes betragen. Gleichzeitig wurden bei den Akkordarbeitern Verdienste erreicht, die 70 bis 100 Prozent über dem tariflichen Stundenlohn lagen. Selbstverständlich gab es infolge dieser Laktik auch manchen Arbeiter, der den „Proletarier“ Kommerzienrat als einen sozial verkündigen Menschen anerkannte und nicht sehen wollte, daß der Herr Direktor gleichfalls mit diesen wirtschaftlichen Maßnahmen auch politische Ziele verfolgte. Das zeigte sich am besten bei der im Dezember 1924 erfolgten Gemeindevorwahl. Bei dieser Gemeindevorwahl standen sich zwei Parteien gegenüber. An der Spitze der einen Partei stand der Fabrik-gewaltige Direktor Mohrhagen und mit ihm als gewählter Vertreter der Dorfpartei, der Postinspektor, der Bäckermeister und andere Größen des Mittelstandes, unterstützt von einem Teil jener Arbeiter, die bekanntlich nie alle werden.

An der Spitze der anderen Partei stand der Gemeindevorstand, der, wie weit er sich zur Sozialdemokratie bekannte und, obwohl



Zielsetzung hat es fast, als Varias zu gelten und wird alle Kräfte anstrengen, um sich ihre Lebenslage nicht noch mehr verkümmern zu lassen. Die Unternehmerschaft soll dabei nicht unterschätzt werden, auch der Ziegler muß sich eine ebenbürtige Organisation schaffen. Noch stehen viele fern, worauf das Unternehmertum spekuliert. Machen wir diese Spekulation, nachdem, indem jeder organisierte Kollege alle Kräfte anstrengt, um die noch absetzenden Ziegler zu gewinnen. Gelingt es, die Ziegler restlos im Verband der Fabrikarbeiter zu organisieren, dann dürfen die Herren Zieglerbestreuer sich bald in ihrer Sprache äußern und auch „handfeste Männer“ bescheldener werden. M. E.

**Nahrungsmittel-Industrie**

**Lohnabbau in der Zucker-Industrie.**

In der Zucker-Industrie des Bezirks Hannover-Drammeln bestehen seit Anfang dieses Jahres Lohnunterschiede. Die Arbeitgeber haben beantragt, den Stundenlohn der I. Ortslohnklasse von 61 auf 50 Pf., den der II. Ortslohnklasse von 50 auf 48 Pf., den der III. Ortslohnklasse von 57 auf 46 Pfennig herabzusetzen. Mit dem beantragten Abbau der Stundenlöhne konnten sich die Arbeiter der Zucker-Industrie nicht einverstanden erklären. Es wurden die tariflichen Schlichtungsinstanzen angerufen. Eine Einigung war nicht möglich. Bevor jedoch die tariflichen Instanzen in Tätigkeit traten, wurde seitens der Arbeitgeber in rücksichtslosster Weise der Lohnabbau zur Durchführung gebracht, indem in allen Betrieben folgende Bekanntmachungen ausgehängt wurden:

**Bekanntmachung:**

Unter dem Zwange der Kampagne sind wir zu Löhnen gekommen, die weder den allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnissen, noch denen der Zucker-Industrie entsprechen. Wir sehen uns daher gezwungen — vorbehaltlich einer etwa abweichenden tariflichen Regelung — vom 17. Januar 1926 an die Löhne herabzusetzen. Wir sind bereit — vorbehaltlich einer etwa abweichenden tariflichen Regelung — vom 17. Januar an die Löhne zu zahlen, die vor der Kampagne galten, d. h. für Arbeiter über 20 Jahre 48 Pf. für die Stunde Arbeiterinnen über 20 Jahre 27 Pf. für die Stunde Handwerker erhalten eine Zulage von 17 1/2 Prozent zu den Löhnen der Arbeiter ihrer Jahresklasse. Haushaltungsstände erhalten eine Wirtschaftshilfe von 1 Pf. für die Stunde. Wir nehmen an, daß diejenigen Arbeiter, die ihre Papiere bis zum 15. Januar 1926 nicht abgeholt haben, bereit sind, zu den obigen Löhnen weiter zu arbeiten. den 30. Dezember 1925. Unterschrift.

In einer Anzahl von Fabriken wurden derartige Bekanntmachungen bereits am 24. Dezember 1925 angeschlagen. Diese Bekanntmachungen sind auf Verreiben des Arbeitgeberverbandes für die rübenerarbeitende Zucker-Industrie in Hannover zum Anschlag gebracht worden. Wir haben das deshalb hervor, weil sich der Arbeitgeberverband nicht scheut, die Behauptung aufzustellen, die Gewerkschaft trage die Schuld für die Streiks, die im vergangenen Herbst in unserem Bezirk stattgefunden haben. Er verschweigt aber, daß seitens des Arbeitgeberverbandes zum Streik direkt aufgemuntert worden ist. Wir erinnern nur daran, daß ein maßgebender Herr des Arbeitgeberverbandes uns höhnisch die Frage gestellt hat: „Wieviel Dugend Zuckerarbeiter haben Sie denn hinter sich?“, und daß es gerade dieser Herr gewesen ist, der einigen Direktoren der Zuckersabriken den Rat gegeben hat, es wird kein Pfennig Lohnherabsetzung gegeben.

Mit den Vorbereitungen zum Lohnabbau hatten es die Arbeitgeber ziemlich eilig. Bevor irgend eine tarifliche Instanz angerufen war oder gelagt hätte, sind die Arbeiter der Zuckerfabriken aufgefordert worden, sich bereit zu erklären, für einen geringeren Lohn Arbeit anzunehmen oder aufzuhören. Dieses Vorgehen können die Arbeitgeber mit den tariflichen Bestimmungen nicht in Einklang bringen. Unter dem Druck der gegenwärtigen Wirtschaftskrise und der Nachkampagne haben die Arbeitgeber den Lohn abgebaut. Die Anrufung der tariflichen Schlichtungsinstanzen seitens der Arbeitgeber war eine reine F o r m a l s a c h e. Ehe die tariflichen Instanzen gesprochen hatten, war bereits der Lohn einseitig durch die obenstehende Bekanntmachung diktiert.

Seitens der Arbeitnehmer wurde der Schlichtungsausschuß Hannover angerufen, um zu einer Regelung der Lohnfrage zu kommen, da man es für vollständig unmöglich hielt, daß irgendein Schlichtungsausschuß den Wünschen der Arbeitgeber vollständig Rechnung tragen würde. Aber die Rechnung war falsch. Man hatte nicht daran gedacht, daß der Vorsitzende des hannoverschen Schlichtungsausschusses, Herr Justizrat Wegener, seine Inder-Elle, die er bisher in der Zucker-Industrie bei uns immer anwandte, vergessen hatte. Der Schlichtungsausschuß Hannover fällt folgenden Spruch:

„Die Sätze der Arbeiter werden in der Spitze auf 50, 48 und 46 Pfennig und für Arbeiterinnen auf 28, 27 und 26 Pfennig in der Spitze festgesetzt.“

Wie der Schlichtungsausschuß zu einem solchen Spruch kommen konnte, ist vollständig unverständlich. Es ist allgemein bekannt, daß eine wesentliche Verbilligung der Lebensmittel nicht eingetreten ist. Bei der Festsetzung des letzten Lohnes für die Zucker-Industrie im September v. J. stand die Reichsindexziffer auf 144,9. Am 16. Januar d. J. als der Schlichtungsausschuß Hannover über den Lohn zu entscheiden hatte, auf 141,2. Die Lebensmittelpreise waren um 2,2 Prozent zurückgegangen. Diese geringfügige Preisverbilligung gab dem Vorsitzenden des Schlichtungsausschusses Anlaß, die Löhne der Arbeiter von 22 bis 24 Prozent herabzusetzen. Der Lohnabbau beträgt pro Woche für den einzelnen 5,23 Mark. Man muß zu der Auffassung kommen, daß dem Vorsitzenden des Schlichtungsausschusses Hannover jedes Verständnis für die Regelung der Lohnfrage fehlt, denn er scheint nicht zu wissen, was 5,23 Mark pro Woche im Haushalt des Arbeiters ausmachen. Er hat den Wünschen der Arbeitgeber voll und ganz Rechnung getragen. Der Einfluß der Sophienstraße scheint also ein ziemlich starker

zu sein, welcher auf den Vorsitzenden des Schlichtungsausschusses ausgeübt wird.

Hier das Gegenstück zum oben besprochenen Schlichtungsspruch: Im Januar v. J. beantragten die Arbeiter der Zucker-Industrie eine Lohnherabsetzung. In den tariflichen Schlichtungsinstanzen konnte eine Einigung nicht erzielt werden. Es wurde dann seitens der Arbeitgeber, da sie einen Lohnabbau beantragt hatten, der Schlichtungsausschuß Hannover angerufen. Unter dem Vorst. des Herrn Justizrat Wegener wurde folgender Schlichtungsspruch gefällt:

„Der Lohnsatz vom 16. November bleibt bestehen; gültig bis 1. April 1925. In diesem Termin mit 14tägiger Frist kündbar.“

Die Arbeitnehmer hatten eine Lohnherabsetzung von 15 Proz. beantragt. In der Begründung wurde seitens des Herrn Vorsitzenden gesagt: Seit der letzten Regelung der Löhne sind die Lebensmittelpreise nur um 1 1/2 Prozent gestiegen. Diese geringfügige Steigerung der Lebensmittelpreise rechtfertigt keine Erhöhung der Löhne. Der Herr Vorsitzende hatte nämlich zu dieser Verhandlung seine sogenannte Inder-Elle nicht vergessen. Warum er in diesem Jahre nicht mit gleicher Logik schlußfolgerte: die Löhne bleiben bestehen, die Senkung der Lebensmittelpreise ist so geringfügig, daß eine Lohnherabsetzung nicht gerechtfertigt ist; entzieht sich unserer Kenntnis. Wir haben eine schriftliche Begründung des diesjährigen Schlichtungsspruches verlangt, aber bis zum heutigen Tage keine erhalten. Der vom Schlichtungsausschuß Hannover gefällte Schlichtungsspruch ist seitens der Arbeitnehmer einmütig abgelehnt worden. Die Kollegenschaft der Zucker-Industrie verdient in der I. Ortslohnklasse gegenwärtig 30 Prozent weniger als der Arbeiter derselben Ortslohnklasse der chemischen Industrie, 22 Prozent weniger als der Arbeiter der Papier-Industrie und 32 Prozent weniger als der Arbeiter der Ziegel-Industrie. Wir wollen damit nicht sagen, daß die Löhne in den eben genannten Industriezweigen ausreichend sind, sondern damit nur zeigen, wie schlecht die Arbeiter der Zucker-Industrie bezahlt werden. Die Arbeiterschaft der Zucker-Industrie unseres Bezirkes wird zur gegebenen Zeit versuchen, ihre berechtigten Wünsche in der Frage der Löhne sowie der Arbeitsbedingungen durchzusetzen. Sie wird nicht vergessen, daß die Arbeitgeber während der Wirtschaftskrise ihre Arbeiter so behandelt haben, wie man das billigerweise von einem sozialdenkenden Arbeitgeber nicht erwarten kann. Eine Zerstörung der gewerkschaftlichen Organisationen in der Zucker-Industrie wird den Arbeitgebern nicht gelingen, und sie werden sich mit dem Gedanken abfinden müssen, daß die Zuckerarbeiter keine landwirtschaftlichen Arbeiter, sondern Industrie-Arbeiter sind.

**Arbeiterschutz und Arbeiterversicherung.**

**Bezahlter Jahresurlaub in — Brasilien.**

Das Abgeordnetenhaus hat heute einen Gesetzentwurf angenommen über die Gewährung von bezahlten Ferien an Handels- und Bankangestellte und die Arbeiter in gewerblichen Betrieben. Durch einen Zusatzartikel wurden die Bestimmungen auch auf die Angestellten aller Zeitungsbetriebe ausgedehnt.

Nach dem Wortlaut dieses Entwurfs soll in Rio de Janeiro und in den brasilianischen Staaten den Handels- und Bankangestellten sowie den Arbeitern in gewerblichen Betrieben ein jährlicher Urlaub von 14 Tagen bewilligt werden, ohne daß aus diesem Anlaß die vereinbarten Löhne, Gratifikationen usw. gekürzt werden dürfen. Zumiderhandlungen gegen dieses Gesetz werden mit Geldstrafen belegt.

**Erwerbslosenunterstützung für Saisonarbeiter.**

Der preussische Wohlfahrtsminister gibt bekannt:

Erlaß vom 19. Januar 1926. III B. 110 26. Mein Erlaß vom 2. November 1925 — III B. 3499 — hat in seiner Auswirkung Folgen gezeigt, die nicht meiner Auffassung entsprechen. Ich habe lediglich auf Anfragen die Rechtslage, wie sie sich nach dem vom Herrn Reichsarbeitsminister festgelegten Grundsätzen ergibt, klarlegen wollen.

Für die praktische Durchführung dieser Grundsätze habe ich bereits am 22. Januar 1925 — III B. 94 — Gesichtspunkte aufgestellt und einigen, damals in Betracht kommenden Regierungspräsidenten mitgeteilt, die ich jetzt zur allgemeinen Nachachtung bei der Behandlung von Anträgen von Saisonarbeitern wiederhole:

Eine Reihe von Beschwerden über die Handhabung der Unterstützung erwerbsloser Saisonarbeiter, insbesondere des Saisondienstes, gibt mir Veranlassung, auf folgendes hinzuweisen:

Nach den von dem Herrn Reichsarbeitsminister festgelegten Grundsätzen ist bei Beantwortung der Frage, ob Saisonarbeiter Erwerbslosenunterstützung erhalten können, davon auszugehen, daß eine Einstellung der Arbeit, die durch die Wirkungsverhältnisse hervorgerufen wird, nicht als Kriegsfolge anzusehen ist. Erwerbslosenunterstützung darf aber dann gewährt werden, wenn der erwerbslose Saisonarbeiter unter normalen wirtschaftlichen Verhältnissen anderweitige Erwerbsarbeit angenommen hätte, eine solche aber bei der besonderen Lage des Arbeitsmarktes, wie sie sich aus der wirtschaftlichen Entwicklung seit dem Kriege ergeben hat, zur Zeit nicht finden kann. Das kann im Einzelfall darzulegen werden, kann aber auch angesichts der Gesamtlage des Arbeitsmarktes für eine ganze Kategorie von Arbeitern unterstellt werden. Selbstverständlich müssen auch die übrigen Voraussetzungen für die Unterstützung vorliegen.

Was dabei die Frage der Bedürftigkeit angeht, so stelle ich eine weisheitsvolle Prüfung anheim. Es muß zwar an dem Grundsatz festgehalten werden, daß der Saisonarbeiter einen höheren Lohn eben deshalb erhält, weil seine Hauptarbeitszeit zeitlich beschränkt ist. Es kann aber in diesem Jahre nicht an der Tatsache vorbeigegangen werden, daß der Arbeiter 1924 im Durchschnitt dezent abgearbeitet hat, nicht als Kriegsfolge, sondern aus anderen Gründen, bevor er an Erparnisrücklagen denken konnte. Bei dem Vorhandensein kleiner ländlicher Besitzes wird auch auf die geringe Ertragsfähigkeit eines armen, noch dazu meist wahrheitsgemäß nicht sehr intensiv bewirtschafteten Besitzes gebührende Rücksicht zu nehmen sein.

Besondere Beschwerden sind mir über die Behandlung der Anträge von Bauarbeitern auf Erwerbslosenunterstützung zugegangen.

Wenn ich auch mit dem Herrn Reichsarbeitsminister daran festhalten muß, die Bauarbeiter als Saisonarbeiter anzusehen, so ist zweifellos als feststehend anzusehen, daß die Bauarbeiter in diesem Jahre unter den besonders ungünstigen Verhältnissen ihres Gewerbes leiden und daher in weitem Umfang erwerbslos sein würden, auch wenn zur Zeit nicht infolge des Winters die Bauarbeit eingestellt wäre. Infolge der hereinbrochenen Wirtschaftskrise hat die Industrie in einzelnen Gegenden vielfach überhaupt

alle Bauten stillgelegt. Bauten öffentlicher Körperlichkeiten kommen wegen der Finanznot zur Zeit nicht in Frage. Die angegebene Einräumung auf dem Kreditmarkt hemmt die private Bautätigkeit. Die aus der Hauswirtschaft zur Verfügung stehenden Mittel sind zu einem erheblichen Teil erschöpft. Die Lage auf dem Arbeitsmarkt macht den Bauarbeitern die Aufnahme von Erwerbsarbeit fast ausnahmslos zur Unmöglichkeit. Mit Rücksicht auf die gegenwärtige Wirtschaftskrise wird daher im allgemeinen von der Tatsache ausgegangen werden können, daß angesichts der augenblicklichen schlechten Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt Bauarbeiter eine anderweitige Beschäftigung nicht finden und daher Erwerbslosenunterstützung erhalten können, sofern die übrigen Voraussetzungen zu deren Bezuge gegeben sind.

Überbrachte für die nachgeordneten Behörden und Arbeiternachweise sind beigefügt. Für sofortige Weitergabe des Erlasses ist Sorge zu tragen. gez. H. H. H. H.

**Gewerkschaftliche Nachrichten.**

**Der Einheitsfront-Schwindel.**

In den Gewerkschaften ist die Einheitsfront vorhanden, oder ganz klar ausgedrückt, sie wäre vorhanden, wenn nicht die KPD-Führer, die bekanntlich ihr Gehirn aus Moskau beziehen, immer wieder die Zieltaste hineinwürfen. Die Zellenbauerei wird trotz Einheitsfrontgeschrei weiter getrieben und gefördert, die kommunistischen Gewerkschaftsgruppen halten ihre Sonderberatungen ab, fabrizieren Anträge im Auftrag und im Interesse der KPD, und nebenher schreien sie fortgesetzt: „Einheitsfront!“ Das ist eine Feuchelei, die bei jedem anständigen Gewerkschaftler Ekel erweckt. Dazu beschimpft die kommunistische Presse die Gewerkschaftsführer in der gemeinsten Weise. Daß es noch Leute gibt, die den Einheitsfrontschwindel als ehrlich ger... annehmen, beweisen einige Zuschriften aus der letzten Zeit an die Redaktion des „Proletariats“. Leider bringen diese schimpfenden Leute — ob sie Mitglied sind, weiß man nicht — selten den Mut auf, ihren Namen unter ihre oder von anderen diktierten Erzeugnisse zu schreiben. Sie bilden sich ein, mit ihren Drohungen die Redaktion einschüchtern zu können.

Dieser Einheitsfrontschwindel, der, natürlich unter der glorreichen Führung von KPD-Leuten sich verwickeln soll, wird in Verbindung mit der Frage der „Fürstenentzignung“ erneut mit besonderer Heftigkeit betrieben. Wir betonen deshalb: Wir haben mit der KPD keine Gemeinschaft und wünschen mit ihr keine Einheitsfront. In der Fürstenabfindungsfrage ist lediglich unter Aufsicht des UDSB-Vorstandes ein gemeinsamer Antrag für den Volksentscheid von der SPD, und der KPD, eingereicht. Darüber hinaus ist jede der beiden Parteien Herr ihrer Handlungen, d. h. sie führen ihre Agitation selbständig. Was die KPD aber mit ihrem Einheitsfrontgeschrei will, das hat der Zentral-ParteiSekretär Dieck auf einer Mitte Januar 1926 tagenden Parteikonferenz zur Niedersachen deutlich gesagt. Er führte unter anderem aus:

„Was soll erreicht werden? ... den Gegensatz zwischen Führern und Mitgliedern in der Sozialdemokratie zu vergrößern und die Mitglieder zu uns herüberzuziehen.“

Diese Ausführungen hat Dieck gemacht unter Hinweis auf Sachen und Tötungen. Aber, da man an die Mitglieder der Sozialdemokratie nicht leicht herankommt, soll die Einheitsfrontpropaganda in den Gewerkschaften dieses Ziel erreichen helfen.

Ausdrücklich sagt Dieck außerdem, daß die KPD in den Gewerkschaften gar nicht Gewerkschaftsarbeit leisten will, indem er ausführte:

„Wir setzen unsere Hoffnung auch nicht auf die Gewerkschaftsführer, sondern auf die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter. Hätten wir diese Hoffnung nicht, dann hätten wir auch kein Vertrauen, daß wir die arbeitenden Massen zur Revolution bringen.“

Das ist der Zweck des Einheitsfrontschwindels: Putsche, Revolution. Diese naiven Leute bilden sich immer noch ein, Revolutionen lassen sich machen, und dabei nennen sie sich Marxisten.

**Berichte aus den Zahlstellen.**

Breslau. Am 24. Januar 1926 fand die Generalversammlung der Zahlstelle Breslau statt. Aus dem Geschäftsbericht des Koll. Medlin war zu entnehmen, daß im vergangenen Jahre die Organisation einen dauernden Aufstieg zu verzeichnen hatte. Die Lohnentwicklung hielt einigermaßen Schritt mit der steigenden Leuerung, allerdings nur infolge zäher Arbeit am Verhandlungstisch und öfterer Inanspruchnahme der Schlichtungsinstanzen. Die in den letzten Monaten des Jahres sich rapid verschärfende Arbeitsmarktlage blieb nicht ohne Einfluß auf die Organisation. Die Zahl der arbeitslos gemordenen Mitglieder nahm sehr schnell zu, und die Fälle, in denen die Verhandlung eingeleitet wurde, um den Mitgliedern den Bezug von Erwerbslosenunterstützung zu sichern, mehrten sich. Die Praxis der Verwaltungsausschüsse bei den Kreisarbeitämtern wurde einer eingehenden Kritik unterzogen. Mit dem Hinweis, daß nur durch rege Mitarbeit weitere Fortschritte zu erzielen sind, schloß Koll. Medlin seine Ausführungen. Als nächster Redner erstattete Koll. Ziobinski den Kassensbericht. Die Hauptkasse bilanzierte mit 81 435 Mk. 33 Pf., die Lokalkasse mit 36 959 Mk. 39 Pf. An Unterstützungen wurde aus Haupt- und Lokalkasse der Betrag von 29 232 Mk. 40 Pf. ausgezahlt. Im letzten Quartal 1925 betrug der Durchschnittsbeitrag 54 Mk. 27 Pf. Geleistet wurden im Jahresdurchschnitt 49,88 Beiträge pro Mitglied. Die Mitgliederzahl ist um 740 gestiegen. Der Redner bemerkte, daß die Beitragsleistung und auch der Durchschnittsbeitrag noch besser werden müssen und appellierte in diesem Sinne an die Versammlungsteilnehmer. — Alle Diskussionsredner waren sich darin einig, daß alles getan werden muß, um die weitere Entwicklung der Organisation zu gewährleisten. Zur Erwerbslosenfrage und zur Fürstenabfindung wurden die beiden folgenden Entschlüsse einstimmig angenommen:

1. Die am 24. Januar 1926 tagende Generalversammlung des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands, Zahlstelle Breslau, fordert die Selbstorganisation der Errichtung und Einrichtung einer Erwerbslosenversicherung nach dem Vorbild des UDSB. — Die Praxis der Verwaltungsausschüsse selbst den Verammelten, daß die Arbeiterschaft wohl die Mittel durch Beitragsleistung aufbringen muß, daß jedoch andererseits der Anspruch auf Fürsorge im Falle der Not durch ichikandide Auslegung der Bedürftigkeitskriterien unterdrückt wird.
2. Die Jahresversammlung des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands, Zahlstelle Breslau, begrüßt den gemeinsamen Antrag zur Frage der Fürstenabfindung. Sie begrüßt den

eingebachten Weihenwurf, der die Entlohnung der Fürsten...

Dem Kassierer Koll. Zlobinski wird auf Antrag der Revisoren...

Egerdorf. So sehen sie aus! Am 23. Januar 1928 hielt der Bezirk Egerdorf...

Die Einnahmen der Hauptkasse einschließlich eines Zuschusses der...

Genossenschaftsbewegung.

Kampflustige, aber gesetzunkundige Meister. Weniger klug und wifig als ihr großer handwerklicher...

Rundschau.

Aufhebung des Visums Deutschland-Holland. Zwischen der deutschen und der niederländischen Regierung...

Freiherr von Reismig f.

Der Hauptschriftleiter der 'Deutschen Arbeiter-Zeitung' ist am 27. Januar gestorben.

Christlich gegen sich und andere, achtete er jede ehrliche Überzeugung. In der Sache oft herb und deutlich bis zum Sarkasmus...

Der Trunkschmittelschwandel.

d. h. die Anpreisung und der Vertrieb von Mitteln, die gegen Trunkschmittel helfen sollen...

Literarisches.

Eine gerechte Beurteilung der Naturvölker hat jährenkündend auf sich warten lassen.

Europäern fast als höhere Wesen gegenübergestellt. Deutschen wie Förster und Herber...

Vorbereitung zum Volksentscheid. Der Volksentscheid ist in Vorbereitung, und nun gilt es...

Erwerbslosenfürsorge. Die Verordnung über Erwerbslosenfürsorge vom 18. Februar 1924...

Verbandsnachrichten.

Mitgliedsbuch gestohlen! Dem Kollegen Fritz Mühlberg, geb. am 21. Juli 1899 in Hann. Münden...

Dem Kollegen Peter Merkel in Ludwigshafen ist sein Mitgliedsbuch S. II. 719 863 gestohlen worden.

Abrechnung der Hauptkasse 3. Quartal 1928.

Table with columns: Einnahme, Ausgab, and Summe. Rows include Kassenbestand, Beiträge, Protokolle, Bänder, etc.

Table with columns: Ausgabe, and Summe. Rows include Erwerbslosen-Unterstützung, Maßregelung, Umzugsgeld, etc.

Hannover, den 26. Januar 1928. Karl Thiemig, Vorsitzender. Revisoren: Herm. Hagler, E. Köhler, I. Kaffner, M. Niemeyer, 2. Kassierer, Jos. Richard.

Zahlstelle Höpft a. M.

Als Geschäftsführer ist der Kollege Wida aus Jüdischewitz als einziger Bewerber...